

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 7. 36. Jahrg.

16. Febr. 1923

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 120 Mk. exkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 360 Mk.

Redaktion:

Hans Ronner, Berlin N 24 Eisenstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 : : Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 60.- Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarkenzeigen 30.- Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 10.- Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachung. An die Gewerkschaftsmitglieder. Nochmals: Zur Erhöhung der Verbandsbeiträge. Rundschau. - **Allgemeines:** Neue Lohnverhandlungen am 14. Februar. Der ungarländische Senefelderverein im Jahre 1922. - **Der Lithograph:** Tarif - Lohn - Leistung. - **Photograph.** Mitarbeiter: Einiges zur letzten Lohnbewegung in der Berliner Film-Industrie. - **Feuilleton:** Gewerkschaftsgeschichte. - **Adressenänderungen.** - **Totenliste.** - **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Tarifamt für Deutschlands Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Zehnter Nachtrag

zum Verzeichnis der den Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe anerkennenden Firmen vom 1. Juni 1921.

Folgende Firmen sind nachzutragen:

Kreis I, Flensburg: Geisel, Hermann, Stein und Offsetdruckerei.

Hamburg: Rademacher, F. W. Buch- und Steindruckerei.

Kreis III, Barmen: Schmidtman, Aug. Buch-, Stein- und Offsetdruckerei.

Hamm: Holthausen, Hugo, Söhne.

Sollingen: Müller, Franz (vorm. J. Buschhaus) Graph. Kunstanstalt.

Kreis VI, Amberg: Schmid, Karl, Lith. Anstalt.

Kulmbach: Graph. Industrie Kulmbach, Töpfer & Walther.

Kreis VIII, Leipzig: Fritzsche, J. G., Lith. und Steindr.

Kreis IX, Dresden: Fischl, Gebrüder.

Markneukirchen: Schmidt, J., Graph. Anstalt.

Sebnitz i. Sa.: Lehnert, Oskar Inh. Otto Freudenthal.

Kreis X, Berlin: Erasmusdruck G. m. b. H.

Graphische Gesellschaft, A.-G.

Kreis XI, Breslau: Schelesny, M. (H. Scheffers Nachf.).

Kreis XII, Trier: Frierer Druckerei-Gesellschaft, G. m. b. H.

Folgende Firmen sind zu streichen:

Kreis I, Hamburg: Ritter, Ed.

Kreis II, Bielefeld: Opitz, Jul.

Kreis III, Weidenau a. d. Sieg: Zilliox, Wilhelm.

Kreis IV, Frankfurt a. M.: Mode-Journal-Verlag M. G. Martens.

Kreis VIII, Halle a. d. Saale: Schellenbeck Ewald.

Kreis X, Berlin: Krause, Max

Methner & Nicolas

Reinicke, Carl.

Berlin-Charlottenburg: Fama, Dr. Borchardt & Wohlauer.

Forst-Lausitz: Hoene, E.

Kreis V, Bruchsal: Katz, Oskar

Stuttgart: Zimmer, Paul.

Kreis XII, Düren: Macherey, Mayer & Co. m. b. H.

Mainz: Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei A.-G.

Berlin, den 6. Februar 1923.

I. A.: Alexander Czech, Geschäftsführer

Andie Gewerkschaftsmitglieder.

Noch immer steht im Ruhrgebiet die Solidarität gegen die Gewalt im Kampf. Und die Hauptlast dieses Kampfes trägt die Arbeiterschaft. Wie immer, zur Verständigung auf einer annehmbaren Basis bereit, ist aber auch die Arbeiterschaft gewillt den Kampf fortzuführen, bis die Stunde einer möglichen Verständigung geschlagen hat. In diesem Kampfe braucht die Ruhrarbeiterschaft aber nicht nur unsere Sympathie, sondern sie braucht auch unsere materielle Unterstützung. Deshalb beschloß der Ausschuß des ADGB, den Arbeitern zu empfehlen, als finanzielle Unterstützung einen Stundenlohn abzuführen

und einer Hilfsaktion gemeinsam mit den Unternehmern zuzustimmen. Aus verschiedenen Meldungen scheint nun hervorzugehen, daß diese gemeinsame Hilfsaktion sich nicht reibungslos vollzieht. Wie wenig die gemachten Einwände stichhaltig sind, die Hilfsaktion nicht mit den Unternehmern gemeinsam durchzuführen, erhellt nachstehender unter obiger Stichmarke verbreiteter Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 8. Februar 1923, den wir bitten einer besonderen Beachtung zur Danachhandlung zu unterwerfen:

Der Einmarsch der französisch-belgischen Truppen in das Ruhrgebiet wurde von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Entrüstung aufgenommen. Keinerlei Meinungsstreit besteht, daß dieser ungeheuerliche Angriff auf die Existenz der deutschen Wirtschaft, mit der das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft unlösbar verbunden ist, nicht widerstandslos hingenommen werden kann. In heroischer Weise kämpft die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes mit der einzig möglichen Waffe des passiven Widerstandes und der Arbeitsverweigerung gegen die brutale Gewalt des bis an die Zähne bewaffneten Militärs an. Dieser Kampf hat bereits erhebliche Opfer gefordert und wird in den nächsten Wochen und Monaten in seiner Auswirkung auf das ganze deutsche Reichsgebiet Anforderungen in ungeheurem Ausmaß stellen.

Aufgabe der Volksgesamtheit ist es, die Durchführung dieses Abwehrkampfes zu ermöglichen, den Opfern hilfreich beizustehen und dafür zu sorgen, daß die erwachsende Notlage mit allen Kräften eingedämmt wird.

Die Arbeiterschaft darf und wird nicht abseits stehen. In dieser Voraussetzung hat der Bundesausschuß am 24. Januar den Beschluß gefaßt, alle vollbeschäftigten Arbeiter zur Hergabe eines Stundenverdienstes aufzurufen und - nachdem feststand, daß die gesamten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft aufgebrachtene Summe leisten wollen - auch der Bildung eines gemeinsamen Unterstützungsfonds zugestimmt.

Dieser Beschluß sichert uns nicht nur die Kontrolle über die gesamten eingehenden Gelder, sondern auch die volle Mitwirkung bei der Verwendung des Fonds. Er enthebt uns auch der Mühe, einen besonderen Apparat zur Einziehung und Verwaltung der Beträge aufzuziehen. Wer für die Hilfeleistung selbst ist, muß folgerichtig auch für ihre weitestehende Ausdehnung und Beschleunigung sein. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder deshalb, alle Kräfte anzuspannen, im Sinne des bereits veröffentlichten Aufrufs für die Durchführung des Hilfsworks in allen Betrieben zu sorgen.

Nochmals: Zur Erhöhung der Verbandsbeiträge.

Die Veröffentlichung des Verbandsvorstandes über die Erhöhung der Verbandsbeiträge ab 4. Februar in Nummer 5 der „Graphischen Presse“ hat in der Kollegenschaft angeblich wie der Einschlag einer Bombe gewirkt. Besonders der Beitragssatz von 960 Mark die Woche für die letzten Februartage soll als etwas ganz außergewöhnliches betrachtet worden sein. Uns scheint das nicht ganz

glaubwürdig, weil wir der Meinung sind, daß der Verbandsvorstand auch bei dieser Festsetzung der Beiträge das Maß der notwendigen weisen Mäßigung zu weit überschritten hat. Es wird sich ergeben, daß der für die beiden letzten Februarwochen angesetzte Verbandsbeitrag wieder wesentlich hinter dem für die Berechnung festgesetzten tariflichen Stundenlohn bleibt und so wieder die Lücke zwischen Beitrag und Stundenlohn klaffen wird, die der Verband eben nicht ertragen kann. Es kann deshalb schon heute mit positiver Sicherheit gesagt werden, und alle Kollegen mögen sich darauf einstellen, um vor Überraschungen geschützt zu sein, daß der Verbandsbeitrag im März einen ganz erheblichen Zahensprung machen wird und machen muß, soll der Verband nicht jeglicher Initiative beraubt werden.

Daß ist nämlich das Ungeheuerste an der Geldentwertung, daß sie auch die Gewerkschaftsinitiative zu erodieren droht. Deshalb auch die dringende Mahnung des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an alle freien Gewerkschaftsorganisationen, einen Stundenlohn als wöchentlichen Verbandsbeitrag unter allen Umständen einzufordern. Was es heißt, die Initiative der freien Gewerkschaften erodieren zu sehen, dürfte den Kollegen geläufig sein. Fest steht, daß danach die heute doch gänzlich unzulänglichen Lebens- und Existenzverhältnisse der deutschen Arbeiterschaft als b'umige Auen in der Wüste der totalen Arbeiterverelendung erscheinen würden.

Daß tatsächlich die fortschreitende Geldentwertung die Grundfesten der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung und auch unseres Verbandes zu unterspülen droht, die weder Unternehmerbrutalität noch Weltkrieg erschüttern konnte, zeigt nichts deutlicher als die vom Verbandsbeitrag und Verbandsvorstand vorgesehenen Sparmaßnahmen, die jetzt zur Durchführung gelangen. Es wird kein Kollege mit gutem Gewissen und gestützt auf gute Gründe behaupten können, daß die Treuhänder der Kollegengelder nicht mit peinlicher Gewissenhaftigkeit darüber gewacht hätten, auch nicht einen Pfennig unnütz zu verausgaben. Der Verband hätte anders auch gar nicht die finanziellen Erschütterungen, wie sie durch die großen Kämpfe 1906 und 1911/12 und durch den Ausbruch des Krieges hervorgerufen wurden, überwinden können. Der damals geltende Beitragssatz und die Opferfreudigkeit der Kollegen, gaben jeden uns zu Hilfe. Springende die Sicherheit im Verein mit unserer verbandlichen Finanzgebarung, die man haben muß, wenn man Gelder anderer zur Hilfeleistung verleiht. Unsere, jede Ausgabe erst zehnmal auf ihre Notwendigkeit prüfende Finanzverwaltung war es auch, die unsern kleinen Verbände im Kreise der freien Gewerkschaften eine Beachtung verschaffte, die weit über die wirtschaftliche Bedeutung unseres Verbandes hinaus ging.

Heute ist das ganz anders. Nicht weil der Verband sich diese Achtung verschert hat. Eher ist das Gegenteil zu konstatieren. Aber die Finanznot, die an unsere Verbandstüre pocht, ist an den Türen der andern freien Gewerkschaften nicht achtlos vorbeigegangen. Auch sie befinden sich in gleichen Schwierigkeiten wie wir und haben mit sich genau so zu tun wie wir. Das macht uns die Verpflichtung, auf eigenen Füßen zu stehen, dringlicher denn je und zwingt jede ihre Verantwortung mit Bewußtsein tragende Verbandsleitung im Interesse der Kollegen die Anordnungen zu treffen, die der Selbsterhaltungstrieb diktiert. Es gibt deshalb nichts zu murren, zu protestieren oder zu klagen, wenn der Verbandsvorstand, nur als Kopf der kollegischen Interessenvertretung, entsprechend dem Wunsche der übergroßen Mehrzahl der Kollegen den Verbandsbeitrag mit dem tariflichen Stundenlohn der 25 prozentigen Ortsklasse des Tarifes für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe in Übereinstimmung bringt.

Wenn wir eingangs dieser Abhandlung unsere Meinung Ausdruck gaben, daß der Verbandsbeitrag für die beiden Februarwochen wieder hinter dem für die Festsetzung des Beitrags maßgeblichen tariflichen Stundenlohn zurückbleibt, so ist das kein Hirngespinnst, entstanden im luftleeren Raum. Sie gründet sich vielmehr auf die sehr reale Unterlage der Entwicklung der Großhandelspreise. Ver-

ndern sich auch die Kleinhandelspreise trotz aller ganz ansehnlichen Sprünge nicht plötzlich so wie die Großhandelspreise, so sind letztere doch das Barometer für die Entwicklung der Kleinhandelspreise. Wiesen aber schon die unmittelbar hinter unsern zuletzt getätigten Lohnabkommen liegenden drei Tage aus, daß diese unzulänglichen Abkommen nicht zu halten seien, so weist die Berechnung des Großhandelsindex der „Industrie- und Handels-Zeitung“ für die Zeit vom 18. Januar bis 3. Februar mit ihrer festgestellten Steigerung aller Großhandelspreise um mehr als 68 Prozent aus, daß die Kleinhandelspreise noch viel erheblicher in die Höhe gehen werden. Daß demzufolge eine Steigerung der Lohnzahlen eintreten muß, liegt außer-rhalb jeden Zweifels, und wenn der gewerbliche Beschäftigungsgrad noch so sehr sinkt. Daraus ergibt sich aber mit positiver Sicherheit, daß der Verbandsvorstand im höchsten Grade fahrlässig gehandelt hätte, wenn er seinen vor dieser Preisentwicklungsperiode in Form des Verbandsbeitrages anerkannten Stundenlohn von 570 Mark aufrecht erhalten hätte.

Wer Gelegenheit hat, die Meinungen der Kollegen aus allen Mitgliedschaften über die Gestaltung unserer Löhne kennen zu lernen, weiß, daß auch nicht an einem einzigen Ort die Ansicht vertreten ist, daß unser Lohn ausreichend ist. Wohl aber wird darüber geäußert, daß der Verbandsbeitrag zu hoch ist. Wenn auch wahr ist, was Wilhelm Busch sagt: Reines Glück genießt doch nie, wer zahlen soll und weiß nicht wie, so trifft das doch eben so gut auf den Verband zu wie auf die Kollegen. Auch der Verband muß zahlen, wenn die Kollegen ihre berechtigten Ansprüche geltend machen. Aber dabei hat es und soll es auch nicht sein Bewenden haben. Denn die Zahlungen des Verbandes an die Kollegen sind nicht Zweck, sondern Mittel. Zweck des Verbandes ist, in der Jetztzeit in erster Linie die Sicherung der Existenz der Kollegen. An Mahnungen der Kollegen an die Verbandsleitung, diesem Zweck ausgiebiger Rechnung zu tragen, fehlt es wahrscheinlich nicht. Auch der Ton ist zumelst nicht trübende Kollegialität. Aber wenn die neu festgesetzten Verbandsbeiträge, die bisher stets zu niedrig angesetzt waren, den Kollegen bekannt werden, hagelt Briefe in das Bureau der Verbandsleitung, die alles andere als freien Gewerkschaftsgeist atmen. Steht in der Geschichte auch unseres Verbandes zu lesen, daß jede Erhöhung des Verbandsbeitrages vom Lärm reger Diskussion umtobt waren, so gilt doch heute für den Verbandsbeitrag, was auch für den Lohn gilt: Jede Erhöhung der Zahlen ist eine absolute Verminderung der Kraft. Rechnet man noch hinzu, daß in der Zeit der rapiden Geldentwertung vom Verband in permanenz Lohnbewegungen geführt werden müssen, die neben Kraft auch dann große Ausgaben erfordern, wenn sie friedlich ausgetragen werden, dann kommt man zu dem Schluß, daß die Gewerkschaftsorganisation wichtiger als je war. Man braucht nur einmal zu versuchen, auszudenken, was sein würde, wenn der Verband nicht wäre, dann erst tritt die Bedeutung und das Wirken des Verbandes in seiner ganzen Größe vor unser geistiges Auge. Lernt man so erst erkennen, was durch den Verband und durch die freien Gewerkschaften überhaupt geschaffen worden ist, so lernt man aber auch die Mängel zu sehen, die noch vorhanden sind. Ist auch das durch den Verband Geschaffene groß, so wollen wir doch mehr. Höher geht unser Trachten, höher steht unser Ziel. Deshalb ist es unsere Pflicht, dem Verbandsleiter die Mittel zur Verfügung zu stellen, die er unbedingt gebraucht. Jedem einzelnen Kollegen muß vor Augen stehen, daß man nur ernten kann wenn man gesät hat und der Verband nur geben kann wenn man gibt. Die stereotype Reagenart, die Höhe der Verbandsbeiträge übersteigt die Leistungsfähigkeit der Kollegen, kann man sich ruhig sparen. Und wenn auf der Vollmarke 10000 steht, ist doch nur ein Stundenlohn. Übrigens: Jede unserer Lohnforderungen übersteigt auch angeblich die Leistungsfähigkeit der Unternehmer. Auch daran glauben wir nicht.

Rundschau.

August Hagemeister †. Am 16. Januar machte ein Herzschlag dem Leben unseres Kollegen, Stein-drucker August Hagemeister, ein Ende. Kollege Hagemeister, der im Dienste der kommunistischen Partei stand und sie im bayerischen Landtag vertrat war wegen angeblich hochverräterischen Bestrebungen zu Festungshaft verurteilt, die er in der berechtigten Festungsstrafanstalt Niederschönenfeld verbüßte. Obwohl Kollege Hagemeister seit langem schwer erkrankt war, sind seine wiederholten Haftentlassungsanträge nicht berücksichtigt worden. Wie aus einer Anfrage der Reichstagsfraktion der Kommunistischen Partei an die Reichsvergierung hervorgeht, ist vielmehr Kollege Hagemeister trotz seines leidenden Zustandes in einer geradezu empörenden Weise behandelt worden. Die Tatsache, daß Kollege Hagemeister als Opfer der bayerischen Sondergerichte ohne jeden Bestand hilflos verschieden ist, muß die Kraftanstrengungen verdoppeln, daß die aus politischen Gründen Verurteilten, die in ganz Deutschland freigelassen sind, auch in Bayern amnestiert werden

in Verband gehörte Kollege Hagemeister mit zu denen, die schon frühzeitig den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation fanden. Am 5. April 1879 geboren, erfolgte sein Eintritt in den Verband am 15. April 1897. Kollege Hagemeister gehörte demnach mit zu denen, die auf eine 25 jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken konnten. Und seine Pflicht hat Kollege Hagemeister immer erfüllt. Eine ganze Reihe Jahre Funktionär, hat er sich auch in der Kriegszeit dem Verbands zur Verfügung gestellt, als Not am Mann war. Sowohl die Münchener Kollegenschaft wie der Verband hat deshalb auch eingegriffen, die Seinen zu schützen, als Not eintrat, soweit die Möglichkeit dazu vorlag. Mögen auch in der Arbeiterbewegung gegenwärtig die Ansichten über den Weg zum Ziel weit auseinander liegen und der politische Bruderkampf manche Kluft aufgerissen haben: Wer in der Gewerkschaftsbewegung seinen Mann gestanden hat, ist des Gedenkens seiner Kollegen sicher.

Neue Urabstimmung im Verbands der graphischen Hilfsarbeiter. Laut Statut muß im Verbands der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands der Verbandstag in der Regel alle drei Jahre stattfinden. Demzufolge sollte der nächste Verbandstag als Jubiläumstagung dieses Jahr in Hamburg stattfinden. Denn der Hilfsarbeiterverband kann dieses Jahr auf ein 25 jähriges Bestehen zurückblicken. Die unübersichtlichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie die infolge der Geldentwertung ungeheuren Ausgaben, die die Abhaltung eines Verbandstages notwendigerweise verursacht, veranlaßte eine am 14. und 15. Januar tagende Konferenz des Verbandsvorstandes und der Gauleiter unter Teilnahme des Vorsitzenden des Verbandsbeirates zu beschließen, die Mitglieder durch Urabstimmung zu befragen, ob der in diesem Jahre statutenmäßig fällige Verbandstag stattfinden soll oder nicht. Diese Urabstimmung wurde für die Woche vom 12. bis 17. Februar ausgeschrieben.

Steuerfreiheit der Ruhrhilfe. Der Reichsfinanzminister hat auf Grund von § 108, Abs. 1, R. A. O. die Finanzämter ermächtigt, Zuwendungen unter Lebenden für die Ruhrhilfe von der Erbschaftsteuer zu befreien, ferner den Abzug der Beiträge bei Körperschafts- und Einkommensteuer in voller Höhe zuzulassen, Arbeitslohn, der der Ruhrhilfe zur Verfügung gestellt wird, vom Steuerabzug zu betreiben. Die Hilfsorganisationen sind von allen Steuern auf Einkommen und Vermögen freizustellen.

Klischeepreise. Der Bund der chemigraphischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands e. V. (Geschäftsstelle: Berlin W 35, Lützowstraße 66) setzte den Teuerungszuschlag auf die seit dem 1. Mai 1922 geltenden Grundpreise für chemigraphische Erzeugnisse mit sofortiger Wirkung auf 6000 v. H. fest. — Für das Ausland erhöhen sich die Inlandspreise um die von der Außenhandelsstelle festgesetzten Valutaaufschläge. — Der Mindestpreis für eine Zink-Strichätzung stellt sich danach auf 9607 Mark (der qcm auf 137,25 Mark), für eine gewöhnliche Zink-Autotypie auf 12 810 Mark (der qcm auf 183 Mark), für einen Satz Viertarbenätzungen in der Mindestgröße von 130 qcm (in Zink) 142 740 Mark

Preiserhöhung für Bleistifte. Der Verband der Bleistiftfabriken fühlte sich gezwungen, den Aufschlag für Deutschland von 11 000 Prozent auf 18 000 Prozent vom 24. Januar ab auch für rückständige Lieferungen, zu erhöhen, was einer Steigerung von rund 63 Prozent entspricht. Der Verband hat sich angeblich unter Berücksichtigung der derzeitigen besonderen Notlage beschränkt, obwohl angesichts der Entwicklung aller Selbstkosten ein wesentlich höherer Aufschlag notwendig wäre.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Neue Lohnverhandlungen am 14. Februar.

Wenn diese Zeilen den Kollegen zu Gesicht kommen, dürfte auch schon das Ergebnis der für den 14. Februar angesetzten Lohnverhandlungen vorliegen. Wie wir schon in voriger Nummer der „Graphischen Presse“ mitteilen, verlangte die Verbandsleitung infolge des rapiden Steigens aller Preise des notwendigen Lebensbedarfes nach Verständigung im Graphischen Bund am 2. Februar neue Lohnverhandlungen in kürzester Frist für alle in Frage kommende Berufe. Da auch die andern graphischen Verbände die gleiche Forderung gestellt hatten, war von vornherein damit zu rechnen, im Unternehmerlager eine geschlossene Phalanx vorzuliegen. Obwohl in den leitenden Kreisen unserer Unternehmerrorganisationen eingesehen wurde, daß angesichts der katastrophalen Entwicklung der Preise etwas getan werden müsse, konnten sie sich doch nicht zu dem notwendigen Entschlusse durchringen. Als dann der „Deutsche Buchdrucker-Verein“, als Ergebnis einer Umfrage, dem Buchdruckerverband mitteilte, daß er der Beratung der

Lohnkommission in der geforderten Zeit nicht zu stimmen könnte, lief auch bei uns die ablehnende Antwort mit der üblichen Begründung ein. Auf Grund dieser ablehnenden Antworten beschlossen deshalb die graphischen Verbände das Arbeitsministerium anzurufen, das dann auch durch den Anruf veranlaßt, für Donnerstag, den 8. Februar, Unternehmer wie Arbeiter des Buchdruckes zu sich bat. In der stattgefundenen Aussprache erklärte das Arbeitsministerium, daß es die Parteien für Sonnabend, den 10. Februar lade, wenn sie sich nicht über einen früheren Termin der Berufung der Lohnkommission verständigen könnten. In folgedessen wurde die Lohnkommission der Buchdrucker für Montag, den 11. Februar, berufen.

Nachdem durch das Reichsarbeitsministerium bekundet war, daß außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Mittel erfordern und es einen Schiedsspruch fällen würde, wenn eine Verständigung der Parteien nicht zu erzielen sei, wurden unsere Lohnverhandlungen für Mittwoch, den 14. Februar, vereinbart. Auch die Verhandlungsergebnisse dürften sich in der Spitze kaum von dem des Buchdruckes unterscheiden. Nachdem man bei der Ablehnung der Verhandlungen so einig war, wird man auch bei den Verhandlungen über einen gewissen Ausgleich nicht hinausgehen. Die gesamte Haltung der Unternehmer läßt das ganz deutlich erkennen. Denn so stürmisch, wie unsere Kollegen eine Änderung des laufenden Lohnabkommens verlangten, genau so nachdrücklich verlangten die Unternehmer von ihrer Organisationsleitung unter keinen Umständen das laufende Lohnabkommen zu ändern. Die Kollegen mögen auch daraus erkennen, daß es viel zweckmäßiger ist, ihre Not den einzelnen Unternehmern zu schildern, um in solchen Situationen leichter Verhandlungen zu ermöglichen als den Verbandsvorstand mit Droh- und Klagebriefen zu bombardieren.

Da die Verhandlungsergebnisse mit dem Erscheinen dieser Nummer des Verbandsorgans schon in den Händen der Kollegen sein dürften, hat es nicht viel Zweck, unsere Forderungen näher zu detaillieren. Es dürfte genügen zu sagen, daß die laufenden Lohnabkommen wesentlich verbessert werden und neuen Lohnabkommen zumindest den vollen Teuerungsausgleich der letzten Zeit bringen müssen. Auch den Lehrlingen muß man gerechter werden. Die letzte Erhöhung der Kostgeldsätze der Lehrlinge war mehr als stiefmütterlich.

Der ungarländische Senefelder-Verein im Jahre 1922.

Unter welchen Schwierigkeiten die ungarischen Gewerkschaften Amsterdamer Richtung ihre Arbeit im Interesse der Kopf- und Handarbeiter verrichten müssen, ist durch die Tagespresse des öfteren dargelegt worden. Sie gilt es besonders zu berücksichtigen, wenn man die Leistungen der ungarischen Gewerkschaften werten will. Selbstverständlich gelten diese Schwierigkeiten auch unserer ungarischen Bruderorganisation. Besonders erfreulich ist es deshalb feststellen zu können, daß alle Brückungen und Verfolgungen der ungarischen Reaktionen nicht vermochten, den gewerkschaftlichen Kampf unserer ungarischen Kollegen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unterdrücken zu können. Das beweist ganz deutlich der uns zu Gesicht gekommene Jahresbericht 1922, aus dem wir zur Information der Kollegen folgendes entnehmen:

Der Mitgliederbestand unseres ungarischen Bruderverbandes betrug im Jahresdurchschnitt 900. Die Beschäftigung ließ gegen Ende des Jahres nach. Nahmen am Anfang des Jahres durchschnittlich 3 bis 4 Kollegen die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch, so waren es am Ende 25 bis 30 Kollegen. Die Stellenvermittlung weist 679 angemeldete Arbeitslose aus, wovon bloß 588 vermittelt werden konnten.

Die Gestaltung der Entlohnung ergab folgendes: An Lohnerhöhungen erhielten die Kollegen auf Grund des Indexabkommens im Monat Februar 6,5 Prozent, April 24 Prozent, Juni 11,5 Prozent, Juli 30 Prozent, August 38,5 Prozent, September 35 Prozent, Oktober 25,5 Prozent und November 21,6 Prozent. Trotzdem ist infolge fortwährender Preiserhöhungen die Lebenshaltung der Kollegen wesentlich gesunken. Leider ergibt sich so das selbe Bild wie in Deutschland.

Die Kasse brachte eine Einnahme von 207 211 Kronen, während die Ausgaben 75 560 Kronen ausmachten. Für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wurden von der Gewerkschaft 46 612 Kronen verausgabt. Die übrigen Unterstützungszweige werden vom Senefelder-Verein gepflegt, der in sehr inniger Verbindung mit der Gewerkschaft steht. Konnte die Gewerkschaftskasse mit einem Überschuss von 131 650 Kronen abschließen, so die Kasse des Senefelder-Vereins nur mit einem solchen von 3962 Kronen. Obwohl hier die Ausgaben fast die Einnahmen erreichen, klagt der Geschäftsbericht darüber, daß die Unterstützungen nicht ausreichend sind. „Die Unterstützungsbedürftigen sollen mindestens so viel Unterstützung bekommen, daß sie sich täglich ein Kilogramm Brot kaufen können“, fordert der Bericht. Um dieses Ziel zu erreichen, sind neue Statuten ausgearbeitet worden, die den Kollegen die Möglichkeit gibt, ihre Opferwilligkeit

für die Hilfsbedürftigen in gesteigertem Maße zu beweisen.

Das Fachblatt „Litografia“ erfüllte auch im verflorbenen Jahre in anerkennender Weise seine Mission. An Ausgaben erforderte es 1640 Kronen.

Zusammenfassend sagt der erstattete Geschäftsbericht für das Jahr 1922: „Die beiden Vereine der graphischen Arbeiterschaft taten unter den gegebenen Verhältnissen ihr Möglichstes, um die Lage der Kollegschaft zu verbessern. die Not der Kranken, Arbeitslosen, Witwen, Waisen und Invaliden zu lindern. Leider waren die Grenzen der Möglichkeiten und der materiellen Mittel viel zu eng bemessen. Damit soll nicht gesagt sein, als wären die graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen engherzig gewesen der Organisation gegenüber, sondern es ist eine unlegbare Tatsache, daß sie nicht so viel opfern konnten, daß es hinreichend hätte sein können.“

Leider müssen wir, so schwer es uns fällt in der Opferwilligkeit und Kraftentfaltung noch weiter gehen, da unsere Mittel immer knapper, die Not und die Zahl der Hilfsbedürftigen aber immer größer werden.

Wenn wir in diesem Sinne an die gesteigerte Opferwilligkeit und Ausdauer der Kollegschaft appellieren, möge sich jeder vor Augen halten, daß die helfende Hand unserer Vereinigungen unter keinen Umständen erlahmen darf, denn jeder, der heute arbeitet, ist der Gefahr ausgesetzt, arbeitslos zu werden, einer Krankheit zu verfallen, invalid zu werden, Waisen zu hinterlassen usw. Wer hilft uns dann, wenn wir nicht selbst unserer Hilfe vorsorgen? Das ist es, was uns gebietet unser Möglichstes zu tun.“

Der Lithograph.

Tarif — Lohn — Leistung.

In den letzten Nummern der „Graphischen Presse“ wurden die Mißstände im Lithographiegewerbe beleuchtet, doch sind die wahren Ursachen des Übels nicht aufgedeckt worden. Das größte Übel ist wohl die Heimarbeit. Was ist ihre Ursache?

Wenn wir ganz ehrlich sein wollen und die Sache vom rein menschlichen Standpunkte aus betrachten, dann kommt man zu der Auffassung, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Heimarbeit nicht beseitigt werden kann. Ein verheirateter Lithograph mit 3 bis 4 Kindern bekommt in den letzten Januarwochen in der höchsten Ortsklasse einen Tariflohn von 21 120 Mark. Hiervon gehen für Kranken- und Invalidenkasse, Steuern, Verbandsbeitrag usw. 2000 Mark ab, verbleiben zum Lebensunterhalt mit allem drum und dran 19000 Mark. Nun soll man einer vormachen, wie so ein armer Teufel mit seiner Familie auskommen kann. Da ist doch wohl das Nächstliegende, daß er wo es möglich ist, Heimarbeit schustert. Hier ist nur insofern Abhilfe zu schaffen, daß in unserem Land die Lohnstaffelung ausgebaut wird, damit diese Kräfte nicht durch Not auf diese Wege gezwungen werden. In jedem gelerntem Berufe gibt es im Tarif Stafflungen für verheiratete erste Kräfte, Abteilungsleiter, Faktoren, Werkmeister usw. Was sieht da unser Tarif vor? Nichts! Wir haben auch diese Posten und doch wird dem nicht Rechnung getragen. Gerade in unseren Berufe, in dem doch die größten Anforderungen gestellt werden und bezüglich Leistungen, sehr große Unterschiede bestehen, müßte schon des Strebens halber die Abstufung geschaffen werden. Gewiß ist es richtig, wenn die Verbandsleitung dafür sorgt, das Minimum möglichst hoch festzusetzen, aber es muß auch dafür gesorgt werden, daß das Streben nicht ganz verloren geht. Was ist denn jetzt noch Strebenwert in unserem Berufe? Hat ein Kollege 4 Jahre gelernt und noch einige Jahre die Kunstgewerbeschule besucht, dann bekommt er als Lithograph keinen Pfennig mehr, als der andere ohne Schulbildung; ob ein Kollege mehr leistet, respektive tüchtiger ist als der andere, ist ganz gleich. Er wird genau so entlohnt als der andere.

Wendet man sich nun wegen höherer Entlohnung an den Oberlithographen, dann bekommt man zur Antwort: Ich bekomme doch auch nicht mehr; für mich ist im Tarif auch kein höherer Lohn festgesetzt, obwohl ich auch Mitglied des Verbandes bin. Geht ein Kollege dann zum Unternehmer, so beruft der sich ebenfalls auf den Tarif und ehe man sich versieht ist man abgetan. Daß solche Verhältnisse fürs Gewerbe unhaltbar sind, wird wohl jeder Einsichtige zugeben müssen. Wo soll so das Streben herkommen? Woher die Lust und Liebe zum Beruf, die unbedingt erforderlich ist um Gutes zu leisten?

Darum ist es kein Wunder, wenn tüchtige Kräfte ins Ausland abwandern oder Privatlithographen werden und ein Teil durch Not zur Heimarbeit getrieben wird. In unserem Berufe fängt mit 40 Jahren schon die Sorge ums Augenlicht an, während in anderen Berufen ein Mann in diesem Alter in die bestbezahlten Posten einrückt im Kaufmannsstande, in dem nur eine 3 jährige Lehrzeit gilt, bekommt ein Verheirateter vom 30 Lebensjahr ab für Monat Januar 140 000 bis

180 000 Mark. Wie traurig sieht es da bei uns aus. Können wir das denn nicht auch beanspruchen, oder sind unsere beruflichen Leistungen minderwertiger?

Das hier Gesagte gilt auch zum großen Teil mit für die Druckerkollegen. Es ist die höchste Zeit, daß wir uns aufrufen und eine menschenwürdige Entlohnung fordern. Die immer wieder vorgebrachte Behauptung, die Lithographie brächte nichts ein, ist unbegründet und ganz entschieden zurück zu weisen. Denn wenn Entwurf und Lithographie nichts taugen, erfolgt keine Auftragserteilung und die Maschinen stehen still.

Darum, Kollegen, aufgegriffen und entsprechenden Lohn gefordert! Laßt euch durch nichts zurückschrecken Abstand von eurer gerechten Forderung zu nehmen. Wenn wir so vorgehen, machen wir unsern Verbandsleitern den Kampf um eine menschenwürdige Entlohnung am Verhandlungstische leichter und nicht eher geruht bis wir das erhalten, was unseren beruflichen Leistungen entspricht. Die Heimarbeit wird dann von ganz allein aufhören. O. F.

Photogr. Mitarbeiter.

Einiges zur letzten Lohnbewegung in der Berliner Film-Industrie.

Der letzte verloren gegangene große Streik in der Filmindustrie im Jahre 1921 rollte auch für uns Berliner Photographen die Organisationsfrage wieder auf. Ein Streik der so verantwortungs- und gewissenlos herauf beschworen und geführt wurde, mußte ganz natürlich auf die große indifferente Masse der Arbeiter und Angestellten mehr wie abschreckend wirken. Viele von den schon vorher in anderen Verbänden Organisierten gingen zu ihren alten Berufsverbänden wieder zurück, um von ihnen ihre Verhältnisse wieder in geordnete Bahnen lenken zu lassen. Denn hier war der Beweis durch jahrzehnte lange Arbeit, bestehend aus Verantwortung, Pflichtgefühl und ehrlichem Wollen erbracht, daß man stets bemüht war, die Kollegschaft vor Schaden zu bewahren. Im Herbst 1921 traten deshalb alle Organisationen, die Mitglieder hatten, welche in der Filmindustrie tätig waren zu einem Lokalkartell zusammen. Auch unser Verband gehörte diesem Kartell an, weil die Photographenkollegen der Filmbranche, wenn auch zunächst wider zu ihrer alten Organisation zurückkehrten waren Durch die Streikung, die die Filmphotographen in ihrer Branche einnahmen, denn ohne Photographen geht es nun einmal nicht, durften wir ganz selbstverständlich keine untergeordnete Rolle im Kartell spielen. Es war nicht leicht das gegenseitige Vertrauen und die notwendige Achtung, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zunächst einigermaßen wieder herzustellen und möglichst zu erhalten. Zu einer Lohnarbeit kam es dann im Januar 1922, der auch das ganze Jahr hindurch gehalten werden konnte, trotz verschiedener Schwierigkeiten, die sich im Laufe des Jahres, wie überall einstellten. Unsere Photographenkollegen standen auf Grund ihrer Stellung selbstverständlich im Lohn nie schlechter, wie die bestbezahlteste Gruppe unseres Verbandes. Am Schluß des Jahres aber glaubte man wahrscheinlich auf der anderen Seite, dem Kartell der freien Gewerkschaften doch einmal zugeben zu müssen, daß ein Arbeitgeberverband noch vorhanden ist. Es war für Dezember eine Lohnvereinbarung getroffen, die eine Zulage von 90 Prozent bis zum 16. Dezember brachte. Es wurde weiter vereinbart, daß, wenn bis zum 15. Dezember das Markenbrot, Inlandweiss, Schmalz und noch zwei andere Artikel bis zu 40 Prozent zugenommen seien, für die zweite Hälfte des Monats noch eine Zulage festgesetzt werden. In der nächsten Aussprache wurde uns ausdrücklich zugesichert, daß wir eine solche Abmahnung nicht treffen würden, daß, wenn einer von den genannten Artikeln den Prozentsatz erreicht habe, sein Verhandelt werden würde. Diesem Kommittee war dies zustimmen weil allein das Markbrot schon uns zu diesem Lage laut Zeitungsberechnungen bereits weit über 100 Prozent gestiegen war. Wir ersuchten deshalb schon am nächsten Tag um neue Verhandlung, die uns ebenso prompt abgelehnt wurde. Man wollte von der angeführten Abmahnung nichts mehr! Ausdrücklich wurde der Arbeitgeberverband auf die Folgen aufmerksam gemacht, die eintreten würden, wenn er seine wunderbare Taktik nicht ändere. Aber auch diese Mahnung wurde in den Wind geschlagen. Da in den Betrieben inzwischen schon eine ziemliche Unruhe zu bemerken war glaubte man wenigstens in den großen Filmen und zwar im „Ufa Konzern“, die Arbeiterschaft dadurch beruhigen zu können, daß man eine Weilmachtsgratifikation zu Verfügung brachte. Diese Rente dauerte aber nicht lange, als die Forderungen vorüber waren und von der Weilmachtsgratifikation nichts mehr vorhanden war es auch in diesen Betrieben wieder zu räumen an. Neue Lohnverhandlungen wurden verlangt. Betriebsversammlungen der Firmen „Mester-Union“, Tempelhof, stellten direkte Forderungen auf, und zwar einen Lohn von 25 000 Mark und eine Wirtschaftsbeihilfe für Dezember.

Diese Forderung wurde den Belegschaften ebenfalls abgelehnt. Diese Ablehnung hatte zur Folge, daß verschiedene Gruppen der „M.-U.“ in den Streik traten. Die Antwort darauf war die Aussperrung der übrigen Belegschaft. Nun wurden von der Firma, wie es überall gemacht wird, Polizei, Arbeitswillige usw. aufgeboten, jedoch scheiterten alle Maßnahmen an der Wachsamkeit der Streikenden. Dann wurde von seiten der Unternehmer der Demobilisationskommissar angerufen; leider waren seine Bemühungen vergeblich. Am 12. Januar d. J. kamen wieder Verhandlungen zustande, die, trotzdem man eifrig bemüht war die Differenzen beizulegen und auch dem Arbeitgeberverband sehr weit entgegenkam, scheiterten. Wie sich später herausstellte, durch beiderseitiges Mißverstehen. Dadurch, daß angeblich Streikarbeit zu der Firma Decla-Bioskop, Neubabelsberg, gebracht wurde, weigerten sich die Beleuchter eines Ateliers die Arbeit zu leisten. Darauf wurden 2 der Beleuchter entlassen. Als Antwort darauf wurde in einer Betriebsversammlung der gesamten Belegschaft der Streik beschlossen. Da die Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft waren und die Gewerkschaften sich ins Mittel legen konnten, weil die Belegschaft schon im Streik stand, ermöglichen wir, daß am 2. Tage des Streikes die Belegschaft ohne jede Maßregelung wieder in den Betrieb kam. Am gleichen Tage fand dann eine Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband statt, wo zunächst der vierwöchentliche Streik bei Mester-Union beigelegt wurde, um dann einen Lohnabschluß für die gesamte Industrie zu tätigen. Es wurde für die Zeit vom 1. bis 14. Februar 1923 vereinbart. Dezemberlöhne plus 45 Prozent für Januar, darauf 80 Prozent Zulage. Am 17. 2. erfolgt die Regelung für die zweite Hälfte des Februar. In der vierwöchigen Streikdauer hatte der Arbeitgeberverband wiederholt mit der Generalausperrung gedroht, und sich dann für den 27. Januar festgelegt und dieses auch öffentlich bekannt gegeben. Ob man nun wollte oder nicht, die Tat mußte der Öffentlichkeit nicht lächerlich machen. Was die Aussperrung der gesamten Industrie für beide Teile bedeutet hätte, wenn man die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich vor Augen führt, braucht hier nicht erst geschildert zu werden. Es kam nicht dazu. Zu der Bewegung selbst muß aber gesagt werden, daß auch hier Kräfte am Werke waren und zwar auf beiden Seiten, die alles dazu beitrugen, um den Bruch vollständig zu machen. Ganz besonders muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Filmgewerkschaft genau wußte, daß sie keine Unterstützung zahlen konnte. In ziemlich leichtfertiger Weise wurde auch hier wieder verfahren und die Zahl der Nichtorganisierten ganz außer acht gelassen. Aber auch dem Arbeitgeberverband sei gesagt, daß man seinem Vertragskontrahenten unbedingt die Achtung entgegen zu bringen hat, die man selbst verlangt. — Die Photographen in der Filmindustrie erhalten für die Zeit vom 1. bis 14. Februar einen Wochenlohn von 37 250 Mark.

Feuilleton.

Gewerkschaftsgeschichte.

Nichts illustriert besser das Wesen und die Macht der Gewerkschaftsbewegung als der heldenhafte Kampf der Ruhrarbeiter gegen die französische Invasion. Noch nicht stark genug, den politischen Sachwaltern des Schwerekapitals und der Hochfinanz ihren Willen diktieren zu können, ist doch die sozialistisch orientierte freie Gewerkschaftsbewegung ein Faktor, der in den Plänen bürgerlichen Machtpolitik nicht ganz unberücksichtigt bleiben darf. Besonders die deutsche freie Gewerkschaftsbewegung muß beachtet werden, will man nicht von vornherein seine Pläne auf Sand bauen. Darum auch die Bemühungen der Beauftragten des französischen Kabinetts im Ruhrgebiet, die freigewerkschaftlich organisierte Ruhrarbeiterschaft auf ihre Seite zu ziehen. Zuckerbrot und Peitsche, Frank und Hunger, diese alten abgetriebenen Mittel zünftiger Diplomatie, sollen auch die Ruhrarbeiter gefügig machen und durch Raub erholten politischen und wirtschaftlichen Gewinn angeschmiegt in die Scheuern bringen zu können.

Ganz gleich welchen Ausgang die „Aktion“ im Ruhrgebiet nimmt: Das eine wird sie erweisen, daß die durch die freigewerkschaftliche Schule gegangenen deutschen Arbeiter ganz anders zu bewerten sind als das „Volk“ in früheren Zeiten. Wer erkennen will, warum das so ist, muß die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften kennen. Da gerade diese Seite des Gewerkschaftsproblems von besonderer Aktualität ist, Anschauungsmaterial in großen geboten wird und ein nicht unanschaulicher Teil der freigewerkschaftlichen Organisation erst nach den Novembertagen 1918 dem Weg zur freien Gewerkschaft gefunden haben, kann mit einigermaßen genug auf das Studium der Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften verwiesen werden. Möglichkeiten zu diesem Studium sind genug vorhanden. Wir brauchen ja nur auf unsere, vom Kollegen H. Müller verfaßte Verbandsgeschichte hinzuweisen, deren erschienenen

erster Teil vor der Kritik geradezu großartig bestanden hat. Leider konnte aber nur bisher der erste Teil erscheinen.

Da trifft es sich sicher gut, daß vor nicht zu langer Zeit ein Mann, der „die letzten 30 Jahre Gewerkschaftsgeschichte mit durchlebt und durchkämpft hat“ und der uns kein Unbekannter ist, eine Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften auf den Tisch legte, die man als ein Werk von bleibenden Werte bezeichnen muß.

Es ist infolge des knappen uns zur Verfügung stehenden Raumes unmöglich, diese Schrift so zu besprechen, wie sie es verdiente. Wir müssen uns damit begnügen dick unterstrichen hervorzuheben, daß alle Phasen der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung in knapper, aber musterhafter Weise geschildert worden sind.

finanzen, die Gewerkschaftspresse und was sonst die freien Gewerkschaften an Einrichtungen besitzen, sind gut zur Darstellung gekommen, so daß der Leser ein umfassendes Bild von der Entwicklung der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung in konzentrierter Form gewinnen kann.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß sich Zwings Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften durch Klarheit und Flüssigkeit auszeichnet. Eine Frische und Lebendigkeit der Darstellung strömt aus diesem Buche, von der man angenehm überrascht ist.

Das Buch Zwings ist im Verlag der Volksbuchhandlung G. m. b. H., Jena, erschienen. Grundpreis 3 Mark. Multiplikator 900 hr.

Adressen-Änderungen

- 2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler („Graphische Presse“ Nr. 48 [1922] und 2 [1923]).
Zur Beachtung! Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Verbandsvorstand der Lithographen und Steindruckere Berlin N. 24 Elsenäckerstr. 86-88 III. zu berichten.
Barmen-Elberfeld: Fritz Sack, Barmen, Carnapenstraße 81, III.
Berlin: Formstecher: Richard Krause, Friedrichshagen b. Berlin, Wilhelmstr. 42.
Lithodrucker: Alfred Buch, Berlin, Friedenstraße 97 v. I. r.
Bielefeld: Für alle Berufe: Hermann Meyer, Bielefeldstr. 18.
Eilenburg: Joh. Barthel, Röberstr. 7, III.
Freiburg i. Schl.: Max Korn, Schweidnitzstr. 19.
Großschönau i. Sachsen: Hugo Wohlharth, Neuer Weg 804.
Hildburghausen: Wilhelm Bentlage, Untere Marktstraße 8.
Kaiserslautern: Friedrich Münder, Königstr. 70, III.
Kempten i. Allgäu: Bernhard Polig, Lenztried Nr. 151/2.
Lüneburg: Josef Fischer, Auf dem Kaut 13.
Mainz: Karl Richter, Illstr. 8.
Mannheim: Hans Roth, Traiteurstr. 53.
Pforzheim i. Baden: Willy Reichstätter, Ochsenstraße 27.
Plauen i. Vögtland: Karl Köhler, Olsnitz i. Vogtlandstr. 23 b.
Viersen (Rhd.): Franz Schotten, Friedenstr. 16

TOTENLISTE

1922.

- Am 4. Dez. in Leipzig Hermann Weise, Steindr. aus Gera-Pforten 74 J. alt, an Arterienverkalkung u. Herzerweiterung, Inval seit 27 Febr. 1921. - Eingetret in Leipzig am 1. Juli 1891.
Am 13 Dez. in München Franz Heye, Steindr. aus Quedlinburg, 71 J. alt, an Schlaganfall u. Gehirnblutungen, krank 5 W. u. 4 T. - Eingetr. in Nürnberg am 2. Februar 1875.
Am 14. Dez. in Köln a. Rh. Emil Dosse, Steindr. aus Leipzig, 60 J. alt, an der Rose, krank 6 W. u. 1 T. - Einzetr. in Köln a. Rh. am 18 Okt 1896.
Am 15. Dez. in Leipzig Hermann Mehlhorn, Chemigr. aus Mannschatz b. Oschatz, 41 J. alt, an Lungen- u. Gehirnhautentzündung, krank 1 W. - Eingetret in Leipzig am 26. Januar 1919.
Am 16. Dez. in Breslau Wilhelm Riedel, Steindr. aus Breslau, 63 J alt an Gefäßverkalkung, krank 12 W - Einzetr. in Breslau am 30. Juli 1883
Am 18. Dez. in Leipzig Willy Bachmann, Chemigr. aus L.-Probstheida, 22 J alt, an Kopfgrippe, krank 1 W. u. 1 T. - Einzetr. in Leipzig am 6. April 1919 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 14. April 1918)
Am 18. Dez. in München Gottlieb Lipp, Chemigr. aus Stuttgart, 64 J. alt, an Lungenleiden und Herzschlag, krank 27 W. Einzetr. in München am 2. Dezember 1900.
Am 22. Dez. in Berlin Friedrich Dierks, Steindr. aus New-York, 34 J alt, an Gehirnhautentzündung, krank 4 T. - Einzetr. in Berlin am 9. Nov. 1919
Am 22. Dez. in Niedersedlitz Walter Franke, Steindr. aus Dresden-Neustadt 32 J. alt, an Grippe u. Lungenentzündung, krank 1 W. u. 5 T - Eingetret in Niedersedlitz am 14 Juni 1918.
Am 27. Dez. in Mainz Josef Schmitt, Hilfsarb. aus Mainz, 74 J alt, an Altersschwäche, Invalide seit 1. Okt. 1918 - Einzetr. in Mainz am 18. Febr 1894
Am 28. Dez. in Leipzig Alwin Polig, Notendr. aus L.-Reudnitz, 34 J. alt, an Nerven u. Gehirnleiden, krank 7 W. u. 1 T. - Einzetr. in Leipzig am 24. Juni 1906.

- Am 29. Dez. in Annaberg, Mitgliedschaft Buchholz i. Sachs. Ludwig Laux, Lithogr. aus Annaberg, 63 J. alt, an Lungenleiden, krank 17 Wochen. - Eingetret in Buchholz i. S. am 22. Juni 1919.
Am 30. Dez. in Nürnberg Georg Dorner, Lithogr. aus Nürnberg, 21 Jahre alt, an Gelbsucht, krank 5 W. - Einzetr. in Nürnberg am 6. Juli 1919 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 2. März 1919.)
Am 31. Dez. in Gotha Hermann Ritter, Lithogr. aus Gotha, 67 J. alt, an Altersschwäche, krank 8 W. - Einzetr. in Iserlohn am 19. Jan. 1919.
Am 1. Jan. in Leipzig Feodor Funke, Steindr. aus L.-Connewitz, 68 J. alt, an Rippenfellentzündung, krank 1 W. u. 2 T. - Einzetr. in Leipzig am 28. Dezember 1895.
Am 1. Jan. in Breslau Alfred Kirsch, Chemigr. aus Baumgarten, Kr. Frankenstein, 28 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 9 W. u. 2 T. - Einzetr in Breslau am 12. Juni 1921.
Am 6. Jan. in Weimar Hermann Fischer, Steinschleifer aus Weimar, 75 J. alt, an Grippe u. Altersschwäche, Invalide seit 8. Sept. 1907. - Einzetr. in Weimar am 1. Januar 1893.
Am 9. Jan. in Kassel Conrad Barthel, Hilfsarb. aus Bettenhausen, 64 J. alt, an Darmleiden, Inval. seit 3. Mai 1921. - Einzetr. in Kassel am 1. Jan. 1893.
Am 12. Jan. in Leipzig Arthur Schütz, Steindr.-Chem. aus Leipzig, 62 J. alt, an Lungenentzündung, krank 1 W. u. 5 T. - Einzetr. in Leipzig am 1. Sept. 1895.
Am 18. Jan. in Leipzig Arthur Kluge, Notenstecher aus Holzhausen, 40 J. alt, an Lungen tuberkulose, Inval. seit 19. Mai 1922. - Einzetr. in Leipzig am 27. Juni 1920 (vorher Mitglied im Notenst.-Gehilf.-Verb. seit 6. April 1897.)

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

LICHTDRUCK.

Leiter für Retuscheabteilung, der in allen vorkommenden Arbeiten, speziell im Industrie und Kunstgewerbe, sowie in der Retusche und Montage selbst äußerst betätigt ist, für dauernd gesucht. Ferner werden tüchtige

Schwarz-Lichtdruck-Maschinenmeister

für Berlin und München verlangt, die sich im Farbelichtdruck einarbeiten wollen. Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker, Berlin SW 68, Mühlgrabenstraße 71. II

Farbenlichtdrucker

einer erstklassiger Schwarzdrucker mit Farbenverständnis am Andenken gesucht. Albert Frisch, Berlin W 35, Lützowstr. 60

TIEFDRUCK.

Maschinenmeister für Seilersche Flachpresse und Johannsberger Bogenrolation sucht Albert Frisch, Berlin W 35, Lützowstr. 60

Wir suchen auf sofort

2 nur erstklassige Maschinen-Retuscheure

2 tüchtige Nachschneider, 1 bis 2 Xylographen.

Vereinigte Graphische Kunstanstalten Borgstädt & Buch, Bielefeld, P. 10001 1.

Gebrüder Schopflocher, Fürth i. B. 6

Bronzalarben- und Aluminiumpulver-Werke

Telegraphenadresse: Fortuna Fürth

Gratismuster auf Wunsch

Spezialität: Fettfreie Lithobronzen „FORTUNA“

Erstklassige Maschinen-Retuscheure

werden eingestellt Vereinigte chemigraphische Kunstanstalten K. A. Machleb, Chemnitz, Theaterstraße 12

Erster Photograph

in Strich, Auto, Halbton und Farbzie gesucht. Bei wirklich erstklassige Kräfte wollen sich melden unter

Kunstanstalt Stengel & Co., G. m. b. H., Dresden-A. 21.

Auto- und Strichätzer und erstklassigen Retuscheur

Hermann Kleinke, Graph. Kunstanstalt und Kirschfabrik, Köln a. Rh., Clemensstr. 1.

Messingstecher

Lüneburger Druckwalzenfabrik Schulze & Bremer, Lüneburg.

Verschiedenes

Original-„KUMV-Fräser“

anerkannt das beste Werkzeug für die Kirsch-Fabrikation, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und großes Schneiden. In allen Größen zu haben

Paul Berndt, Präzisionswerkzeug-Fabrik Berlin S 39, Kottbuser Damm 22 (Moritzplatz 16611)

Graphische Fachklassen

Werkstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck, Photochemische Verfahren, Lithographie. Auskünfte durch d. Direktion der Kunstgewerbeschule in Barmen

Druckfarben & Blattmetall Bronze

Kf. jed. Lagerposten E. Winkler, Nieder-Schreiberbau, Regeb



von Karl Mess, BERLIN SO-36, Wienerstr. 30

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle

Preis 500.- Mark inkl. Porto und Nachnahme Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.